

## **Reichtum umFAIRteilen - europaweit!**

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Schwimmbäder und Bibliotheken, steigende Verbrauchersteuern, sinkende Sozialleistungen - diesem Alltag stehen in Deutschland gigantische, rasant wachsende private Vermögen in den Händen weniger gegenüber. Mittlerweile übersteigen die privaten Vermögen die jährliche Wirtschaftsleistung um das Dreifache!

Sie sind jedoch hoch konzentriert: Während die ärmere Hälfte der Gesellschaft fast kein Vermögen mehr besitzt, verfügen die reichsten zehn Prozent über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens. Und innerhalb dieser Spitzengruppe ist die Ungleichheit besonders groß. So verfügt das reichste eine Prozent immer noch über fast 40 Prozent des Gesamtvermögens. Höchste Zeit zum um*fair*teilen!

### **Hierzu stellt DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fest:**

- Selbst nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung konnten die reichsten 10 Prozent der deutschen Bevölkerung in 10 Jahren ihren Anteil am Gesamtvermögen von 43 auf 53 Prozent vergrößern. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung musste dagegen ein weiteres Absinken von drei auf ein Prozent des Anteils am Gesamtvermögen verkraften! Die Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung weisen eine noch größere Polarisierung in der Vermögensverteilung auf.
- Auch die abnehmende Qualität der Arbeit ist Teil der Verteilungsfrage. Allein in Rheinland-Pfalz ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter in Vollzeit zwischen 2000 und 2010 um weitere 35.000 gesunken. Die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten im Niedriglohnbereich ist im selben Zeitraum um über 28.000 gestiegen und. Hinzu kommt eine immer größere von befristeten Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit und Minijobs. Vor allem junge Frauen sind von der Prekarisierung der Arbeit betroffen.
- Lediglich im oberen Einkommenssegment gab es in den letzten Jahren starke Zuwächse. So nimmt nicht nur die Polarisierung der Vermögen, sondern auch jene der Einkommen immer weiter zu.

### **Deutschland ist daher kein Modell für Europa!**

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz erklärt sich dagegen solidarisch mit den europaweiten Protesten gegen die neoliberale Krisenpolitik. Unter Federführung der Bundesregierung wird eine sogenannte „marktkonforme Demokratie“ durchgesetzt,

die die Kosten der Krise nach unten umverteilt um den Wohlstand der Eliten zu sichern. Statt jene zur Kasse zu bitten, die die Krise durch hochspekulative Finanzmarktgeschäfte erst verursacht haben, werden Massenentlassungen im öffentlichen Dienst durchgeführt, Löhne gekürzt, öffentliches Eigentum billig verscherbelt und soziale Ausgleichsmechanismen der Staaten zerstört.

Wir sind solidarisch mit allen Menschen in Europa, die gegen das neoliberale Kürzungsdiktat, die Entdemokratisierung sowie die folgenreiche Deindustrialisierung ganzer Staaten Widerstand leisten!

### **DIE LINKE. Rheinland-Pfalz unterstützt das Bündnis Umfairteilen und den bundesweiten Aktionstag am 13. April 2013!**

In zahlreichen Städten finden Aktionen statt, mit denen die Menschen eine einmalige Vermögensabgabe und eine angemessene Besteuerung des privaten Reichtums fordern. Diese Forderungen sind mehr als berechtigt. Wir erklären uns mit den Aktivistinnen und Aktivisten solidarisch.

Wir fordern solidarische und internationalistische Instrumente gegen die Krise!

### **Nein zum neoliberalen, autoritären Umbau der EU! Nein zu Merkels Pakt für Wettbewerbsfähigkeit! Nein zur aggressiven Welthandelspolitik der EU:**

- Wir fordern eine Steuer von fünf Prozent auf Vermögen von über einer Million Euro, eine Rücknahme sämtlicher Kürzungspakete, eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe, eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen, Profiten und Vermögen und eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener.
- Wir kämpfen für die Einführung flächendeckender Mindestlöhne, gleiche Aufstiegschancen für alle und ein Ende der Armut per Gesetz und unterstützen lokale Initiativen für die Wahrnehmung der Interessen der arbeitenden Menschen.
- Wir treten ein für ein entschiedenes, europaweit koordiniertes Vorgehen gegen Steuerflucht und -hinterziehung, eine Harmonisierung von Löhnen und sozialen Standards europaweit auf hohem Niveau!
- Wir verteidigen soziale Rechte und wollen diese ausbauen - auf allen Ebenen, vor allem in der Arbeitswelt.
- Wir fordern die Schaffung eines starken öffentlichen Bankensystems und das Ende der Sippenhaft für bankrotte Banken, Reiche und Superreiche.

